

POSTFORUM

Informationsdienst Postregulierung
Oktober 2011

Pakete so schnell wie Briefe

Deutsche Post DHL baut Paketnetz
in Deutschland erheblich aus

„Dies ist die größte Investition in die Paket-Infrastruktur seit den 90er Jahren“, schwärmt Jürgen Gerdes, Konzernvorstand BRIEF. Denn die Post investiert in den nächsten Jahren rund 750 Millionen Euro in die Modernisierung ihres bundesweiten Paketnetzwerks. Der Konzern Deutsche Post DHL will damit seinem Ruf als Markt- und Innovationsführer im deutschen Paketmarkt gerecht werden und eine leistungsfähige Plattform für weiteres Wachstum und neue, innovative Dienstleistungen schaffen.

Denn der Markt hat sich verändert. Neue Geschäftsmodelle im boomenden E-Commerce und sich verändernde Kundenbedürfnisse verlangen auch neuartige Versandlösungen. >

INTERVIEW MIT NRW-STAAUSSEKRETÄR GÜNTHER HORZETZKY S. 3

WHO IS WHO IN DER NETZREGULIERUNG S. 4

POST VERÖFFENTLICHT „GLÜCKSATLAS 2011“ S. 6



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

den Wettbewerb zu schützen, ist in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Aufgabe des Staates. Dafür hat er Instrumente und Behörden. Doch die sind sich noch lange nicht immer einig, wie wir derzeit erleben können. Die konkurrierenden Instanzen in diesem Fall: Der Bundesfinanzminister und das Bundeskartellamt. Da hat nun die Regierung vor einem Jahr eine Mehrwertsteuerregelung für Postdienstleistungen durchgesetzt, vor der viele Experten gewarnt hatten, mit der man aber einstweilen leben muss. Das Bundeskartellamt hatte seinerzeit die am 1. Juli 2010 in Kraft getretene Regelung begrüßt, weil sie die Befreiung von der Mehrwertsteuer für bestimmte Produkte für alle Wettbewerber ermöglichte. Nur: Das Kleingedruckte haben die Bonner Kartellwächter dabei womöglich übersehen. Denn die Steuerbefreiung für Privatkunden-Produkte war wohlweislich und EU-Recht entsprechend an die Postuniversaldienstverordnung (PUDLV), und damit an die Erbringung des Universaldienstes gekoppelt. Sie gäbe sonst ja auch wenig Sinn. Das haben zumindest die Beamten des Bundesfinanzministers erkannt und in einem Schreiben an die Oberfinanzdirektionen die Bedingungen erläutert. Da die PUDLV nun einmal ein flächendeckendes Angebot von stationären Einrichtungen verlangt und die Zustellung am nächsten Tag – und das sechsmal in der Woche – zum Regelfall erklärt, ist es kein Wunder, dass Trittbrettfahrer keine Chance haben. Wir wissen nicht, welche Dienstleister die Mehrwertsteuerbefreiung beantragt haben, erhalten hat sie außer der Deutschen Post AG bisher niemand. Auch nicht jener bundesweit tätige Paketdienst, der eigentlich von der umstrittenen Regelung profitieren wollte, dass auch für einen Teilbereich, in diesem Fall Paket, die Befreiung möglich sein sollte. Und wenn ein bundesweiter Zusammenschluss regionaler Briefdienstleister von der Neuregelungen nicht zu profitieren vermag, liegt das wohl daran, dass es sich für ihn offenbar nicht rechnet, die PUDLV-Vorgaben zu erfüllen und er ohnehin eher an die vorsteuerabzugsberechtigten Geschäftskunden denkt. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass die Verknüpfung von Universaldienst und Mehrwertsteuerbefreiung keine Erfindung der deutschen Politik ist, sondern eine Vorgabe der europäischen Richter in Luxemburg. Und die kann auch von deutschen Behörden nicht einfach beiseite geschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Walter Maschke

Leiter des Zentralbereichs Regulierungsmanagement Konzern

IMPRESSUM

Herausgeber	Deutsche Post AG, Zentrale, Regulierungsmanagement Konzern, 53250 Bonn
Verantwortlich für den Inhalt	Walter Maschke
Redaktion	Wolfgang Pickavé
Fotos	Deutsche Post DHL, Wirtschaftsministerium NRW, Bundesnetzagentur, CSU, medienfabrik.de/Herschelmann, mediaserver.hamburg.de/Schwarze

Das Postforum erscheint auch monatlich auf der Homepage von Deutsche Post DHL: www.dp-dhl.de/postforum

Bestellungen und Anfragen richten Sie bitte an die Redaktion.

Postforum wird CO₂-neutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Das Papier trägt das Umweltzeichen „Blauer Engel“.

Und die reichen vom flächendeckenden, fehlerfreien Transport sensibler Güter wie Medikamente über effiziente und grenzüberschreitende Retourenservices bis hin zu schnellen Laufzeiten für verderbliche Waren wie Lebensmittel. Schon jetzt hat sich das Paketgeschäft mit konstant wachsendem Sendungsvolumen zu einer wichtigen Säule des Unternehmensbereichs BRIEF entwickelt.

„Damit werden wir auch weiterhin überdurchschnittlich vom anhaltenden Wachstum des Paketgeschäfts in Deutschland und Europa profitieren. Nutznießer sind unsere Kunden, für die sich Qualität und Zuverlässigkeit unserer Services weiter verbessern und denen wir damit neue Versandlösungen anbieten können“, betont Gerdes. Seit 2007 sind die Umsätze im Paketgeschäft durchschnittlich um 3,5 Prozent pro Jahr gewachsen, im ersten Halbjahr 2011 sogar um knapp 10 Prozent. Damit liefert dieses Wachstumsfeld schon heute rund ein Fünftel des Gesamtumsatzes im Unternehmensbereich BRIEF.

DHL Paket transportiert derzeit im Schnitt täglich mehr als 2,6 Millionen Pakete – in der Zeit vor Weihnachten sogar die doppelte Menge. 33 vollautomatisierte Paketzentren, rund 40.000 Zusteller und Tausende von Fahrzeugen sorgen dafür, dass Pakete in der Regel bereits am nächsten Tag nach der Einlieferung in ganz Deutschland zugestellt werden. Mit dem neuen Programm wird die Leistungsfähigkeit der Paketzentren erheblich ausgebaut. Statt der heute üblichen 20.000 Pakete pro Stunde werden die künftigen Paketzentren je nach Standort Mengen von 28.000, 40.000 und sogar 50.000 Paketen pro Stunde bewältigen. Scanner, die Anschriften auf Paketen von allen sechs Seiten erfassen können, eine teilautomatische Entladung von Fahrzeugen und neue Sortiertechnik, die das Risiko von Beschädigungen weiter minimieren, sollen Effizienz und Tempo der Bearbeitung wesentlich verbessern.

Getestet hat die Deutsche Post DHL neue Sortierlösungen an den drei Pilotstandorten Greven, Kitzingen und Neuwied. Auf Basis dieser Ergebnisse werden nun in diesem Jahr weitere sieben Paketzentren (Aschheim, Augsburg, Bielefeld, Dorsten, Hagen, Regensburg und Saulheim) ausgebaut, um einen Stundendurchsatz von 28.000 Sendungen zu erreichen. Zusätzlich sorgen bereits durchgeführte Maßnahmen wie der Einsatz 6.000 neuer Fahrzeuge in der Paketzustellung sowie 650 neu zugeschnittene Paketbezirke bundesweit für eine verbesserte Servicequalität.

„Wir werden außerdem unser gesamtes Transportnetzwerk in Deutschland neu strukturieren. Unser Ziel ist, dass ein Paket zukünftig deutschlandweit so schnell befördert werden kann wie heute ein Brief“, unterstreicht Gerdes. Dafür passt die Deutsche Post DHL unter anderem auch die Transporte zwischen den Sortierzentren an, so dass Sendungen teilweise deutlich später und in höherer Anzahl als heute in den täglichen Paketstrom eingespeist werden können. Moderne IT-Applikationen gewährleisten in Zukunft außerdem eine größtmögliche Transparenz und Kontrolle für die Kunden über den Sendungsverlauf in Echtzeit. Gerdes: „Damit erreichen wir eine wesentlich effizientere Paketzustellung, reduzieren gleichzeitig die CO₂-Emissionen und schaffen die Grundlage für weitere innovative Services – für Geschäftskunden wie für private Versender.“ ■

Vom Bereich Telekommunikation lernen

Postforum-Interview mit mit Staatssekretär
Günther Horzetzky (NRW)



Günther Horzetzky (60) ist seit dem Regierungswechsel im Sommer 2010 Staatssekretär im NRW-Wirtschaftsministerium. Der gebürtige Hamburger ging in Bonn zum Gymnasium und studierte dort an der Uni Agrarwissenschaften mit Promotion. Er schlug eine Gewerkschaftskarriere ein, leitete u. a. die Parlamentarische Verbindungsstelle des DGB und das Vorstandsbüro. 2002 bis 2006 war er Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt und danach, zuletzt als Staatssekretär, im Bundesarbeitsministerium.

Sie vertreten seit dem Regierungswechsel in NRW das Land im Beirat der Bundesnetzagentur. Gibt es auch in einzelnen Bereichen der Regulierung einen Politikwechsel?

Im Bereich der Regulierung der Telekommunikations- und Postmärkte sehe ich Bedarf an einem laufenden Monitoring und einer sachgerechten Weiterentwicklung des Regulierungsrahmens und der Regulierungsintensität. Die Märkte durch die Ankündigung von grundlegenden Politikwechseln in der Regulierung zu verunsichern, ist weder angezeigt noch zielführend. Wir brauchen in Deutschland vielmehr eine langfristig verlässliche Regulierung der Post- und Telekommunikationsmärkte mit Augenmaß, die den Marktparteien Planungs- und Investitionssicherheit gibt und dadurch nicht zuletzt die Beschäftigung sichert. Unsere Regulierungspolitik soll einerseits der Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ guten Grundversorgung zu angemessenen Preisen und andererseits der Sicherstellung eines funktionierenden und fairen Wettbewerbs dienen. Im Telekommunikationsbereich sind wir da schon weit und können uns eigentlich in unserer bisherigen Regulierungspolitik und -praxis bestätigt sehen.

Sie selber sind bis 2009 als Abteilungsleiter und schließlich Staatssekretär des damaligen Bundesarbeitsministers Olaf Scholz mit dem Thema verbindlicher Mindestlohn befasst gewesen. Auch wenn die Regelung gerichtlich gekippt wurde: Bleibt es in der Sache ein Thema für das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen? Menschen, die Vollzeit arbeiten, müssen

von ihrer Arbeit menschenwürdig leben können. Fairer Wettbewerb sollte über Produktivität und Qualität der Leistung und nicht über Lohndumping ausgetragen werden. Aus diesen Gründen fordert die Koalition einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, wie es ihn bereits in vielen unserer europäischen Nachbarländer gibt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich deshalb im Bundesrat intensiv für die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes eingesetzt und wird dies auch in Zukunft weiterhin tun. In Deutschland gibt es bereits in einzelnen Branchen sogenannte branchenbezogene Mindestlöhne. Die gerichtliche Entscheidung zum Postmindestlohn, auf die Sie in Ihrer Frage anspielen, stellt dabei kein inhaltliches Argument gegen einen Mindestlohn dar: sie wurde nur mit der Verletzung des ordnungsgemäßen Verfahrens zur Festlegung des Postmindestlohns begründet. Die Arbeitgeber der Branchen, für die Mindestlöhne bereits vereinbart wurden, begrüßen diese, weil sie Lohndrückerei und Unterbietungswettbewerb unterbinden und Beschäftigung sichern.

Die Bundesnetzagentur wünscht sich vom Gesetzgeber weitere Rechte bei der Genehmigung von Preisen, vor allem bei gewerblichen Massensendungen. Sind die bestehenden Instrumente des Postgesetzes nicht ausreichend?

Die Position der Bundesnetzagentur bei der Regulierung der gewerblichen Massensendung lässt sich diskutieren. Wir brauchen hierfür eine angemessene, sachliche und transparente Berechnungsgrundlage. Eindeutig klar stellen möchte

ich, dass eine Quersubventionierung aus dem Privatkundenbereich zu Lasten des Wettbewerbs bei gewerblichen Massensendungen nicht im Interesse der Landesregierung ist.

Was erwarten Sie und die SPD-geführten Bundesländer generell von einer Novellierung des Postgesetzes und der Post-Universaldienstleistungsverordnung?

Der Bundesrat hat mehrfach zum Ausdruck gebracht, zuletzt mit dem Beschluss vom 24. Oktober 2010, dass trotz Auslaufens der Exklusivlizenz zum 31. Dezember 2007 bislang kein funktionsfähiger und chancengleicher Wettbewerb entstanden sei. Die Bundesregierung wurde mehrfach gebeten, ein Konzept mit gesetzlichen und regulatorischen Instrumenten vorzulegen, durch den mittelfristig ein wirksamer Wettbewerb und neue Impulse für den Postmarkt entstehen können. Wir brauchen endlich eine Klarstellung, wie die Befugnisse der Bundesnetzagentur in Anlehnung an die Regelungen im Telekommunikationsgesetz gestaltet werden sollen.

Und das bedeutet?

Stärkung der Befugnisse der Bundesnetzagentur zur aktiven Ermittlung in Missbrauchsverfahren in Anlehnung an die Regelungen im Telekommunikationsgesetz, Antragsrechte Dritter zur Einleitung von Missbrauchsverfahren analog zu bereits existierenden Regelungen im Telekommunikationsgesetz sowie Aufnahme eines von der Bundesnetzagentur jährlich zu erstellenden Vorhabenplans für den Bereich Post. >

Wer ist wer in der Netzregulierung?



Eine Behörde wächst mit ihren Aufgaben. Und damit wächst in der Regel auch ihr Einfluss. Seit sie weit mehr Themen zu betreuen hat als Post und Telekommunikation, tritt die Bundesnetzagentur auch immer mehr ins öffentliche Rampenlicht. Das gilt vor allem für ihren Chef. Matthias Kurth (oben links) wurde am 9. Februar 2001 Präsident der damaligen Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation. Am 1. März 2007 wurde sein Vertrag, nunmehr als Präsident der Bundesnetzagentur, um weitere fünf Jahre verlängert. Der Jurist ist dann 60 Jahre alt. Kurth, seit 2000 bereits Vizepräsident, wurde von der rot-grünen Bundesregierung berufen. Er hatte damals eine Karriere als SPD-Parlamentarier und schließlich Staatssekretär in Hessen hinter sich. Dass er als Amtschef seine parteipolitische Unabhängigkeit bewiesen hat, ist nicht zu bezweifeln. Das gilt auch für die Unabhängigkeit von den Bundesministerien für Wirtschaft und Verkehr. Seine erfolgreiche Arbeit war sicher auch maßgeblich dafür, dass die Energie- und Eisenbahn-Netzregulierung seiner Behörde zugeschlagen wurde. Ginge es nach ihm, kämen auch noch die Wasser- und Abwasser-versorgung und der Flugverkehr hinzu.

Von Parteienproporz redet man zwar nicht gerne am Bonner Tulpenfeld, aber die beiden Vizepräsidenten der Behörde hatten vor ihrer Ernennung jeweils ihre Befürworter: Iris Henseler-Unger (2. von links), seit März 2004 im Amt, wurde von der FDP favorisiert, Johannes Kindler (3. von links), seit 2007 Vizechef und zu-

ständig für den Postmarkt, von der Union. Kindler war seit 1985, also auch zu Zeiten von Gerhard Schröder, im Bundeskanzleramt mit Wettbewerbs-, Energie-, Post- und Telekommunikationsfragen befasst. Er ist 66 Jahre alt.

Alle zwei Monate fahren vor dem Rathaus Wilmersdorf in Berlin die schwarzen Limousinen vor. Dann tagt der Beirat der Bundesnetzagentur – je 16 Vertreter des Bundestages und der Bundeslän-

der. Sie wechseln sich auch beim Vorsitz ab. Derzeit ist Eduard Oswald (CDU/CSU, rechts) der Vorsitzende, auch wenn er jetzt nicht mehr Vorsitzender des Bundestags-Wirtschaftsausschusses

sondern Bundestags-Vizepräsident ist. Sein Stellvertreter und vermutlicher Nachfolger im nächsten Jahr ist Matthias Machnig (SPD), Wirtschaftsminister Thüringens. Der Beirat nimmt seine Kontrollfunktion gegenüber der Leitung der Bundesnetzagentur ernst. Schon so mancher Vorstoß und so mancher Bericht wurde von ihm zurückgewiesen. Man denke an den Disput, ob die Behörde auch für die Arbeitsbedingungen bei den Lizenznehmern zuständig ist. Aus dem Kreis der Bundestagsabgeordneten ist es vor allem Klaus Barthel, schon seit Zeiten der Postreform Fachsprecher der SPD, der besonders genau hinschaut. Barthel kommt aus dem Gewerkschaftslager.

Im Bundeswirtschaftsministerium ist für den Bereich Post und Telekommunikation Dr. Andreas Schuseil der zuständige Abteilungsleiter, das einschlägige Referat (Dienstszitz in Bonn) leitet Dr. Peter Knauth. Post- und Telekommunikationspolitik gehören zum Bereich des Staatssekretärs Stefan Kapferer, ehemals Mitarbeiter von Minister Philipp Rösler in Niedersachsen. Die Bundesnetzagentur soll den Wettbewerb auf den regulierten Märkten sicherstellen, doch dabei ist sie nicht ohne Konkurrenz. Das Bundeskartellamt beschäftigt sich in seinen Berichten und Empfehlungen ebenfalls mit diesen Themen und ist bei vielen Entscheidungen zu beteiligen. Und schließlich ist da noch die Monopolkommission, die sich alle zwei Jahre mit Sondergutachten zur Wettbewerbssituation auf den Märkten der Netzindustrien zu Wort meldet. ■

Fortsetzung von Seite 3

Gerade in NRW nutzen mehrere Kommunen aber auch Wirtschaft und Verbände das neue Angebot E-Postbrief. Wie sehen Sie die Zukunft dieser Art sicherer elektronischer Kommunikation?

Der E-Postbrief ermöglicht es den Bürgern, der Wirtschaft und der Verwaltung, zuverlässig und vertraulich elektronisch kommunizieren können. Das Angebot der Deutschen Post AG, über ein Web-

portal zu kommunizieren und Online-Briefe auch als Service ausgedruckt und vertraulich als elektronischen Brief an den Empfänger zu übermitteln, ist ein zukunftsfähiger Dienst, der neue Märkte für die Post AG erschließt. Dass dieses Angebot auch im Wettbewerb zum staatlich geförderten De-Mail-Dienst steht, halte ich nicht für bedenklich, da die Post bereits angekündigt hat, dass sie eine Ak-

kreditierung als De-Mail Dienstanbieter beantragen wird, und dass der E-Postbrief dem Gesetzesentwurf entsprechen soll. Es ist zu hoffen, dass diese neuen Dienste in den klassischen Postmarkt hineinwachsen und hier neue Wettbewerbspulse auslösen können. Zukünftig wird es darum gehen, die rechtlichen Rahmenregelungen besser aufeinander abzustimmen. ■



„Briefmarke ist eine geniale Erfindung“

Wahre Philatelisten kannten im September nur ein Ziel: Die Ausstellung des größten Teils der noch vorhandenen Exemplare der Blauen und Roten Mauritius im Museum für Kommunikation in Berlin, gefördert von der Deutschen Post. Vorstandschef Frank Appel (hier rechts mit Museumschefin Lieselotte Kugler und Finanz-Staatssekretär Hartmut Koschyk) nannte in seiner Festrede Brief und Briefmarke „eine der genialsten Erfindungen“. Ein verschlossener Brief sei eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie, und die Briefmarke werde es auch in 50 Jahren noch geben.

Krise bei US-Post verschärft sich

Liebesbriefe sollen helfen

Die amerikanische Staatspost USPS ist praktisch nicht mehr in der Lage, Beiträge in das Renten- und Krankenversicherungssystem einzuzahlen. Der zweitgrößte Arbeitgeber der USA, der bereits in den letzten vier Jahren 110.000 Arbeitsplätze gestrichen hat, will nun weitere 120.000 Stellen streichen. Jede zehnte Filiale soll geschlossen, die wöchentliche Zustellung auf fünf Tage reduziert werden. Für das laufende Jahr wird mit einem Verlust von 9 Milliarden Dollar gerechnet. Hauptproblem ist auch in den USA der dramatische Rückgang des Briefgeschäfts durch die elektronische Substitution. Unterdessen hat die demokratische Senatorin Claire McCaskill die Bevölkerung aufgerufen, mehr Liebesbriefe zu schreiben, um der Post zu helfen. ■

E-Postbrief findet weitere Großkunden

Der E-Postbrief findet immer mehr Anhänger. Darunter ein Konzern, der sich mit IT-Sicherheit besonders gut auskennt: Der Softwarespezialist SAP. Er integriert den E-Postbrief mit der Lösung „SAP Information Interchange by Crossgate“ in die Geschäftsprozessplattform. Damit vernetzt Crossgate weltweit mehr als 40.000 Firmen; darunter Audi, BMW, BASF oder Continental. Ein weiterer Kunde, der dabei ist, ist der EDEKA Verbund. Er setzt den E-Postbrief der Deutschen Post für die elektronische Kommunikation mit ihren Lieferanten ein.

Auch Städte und Gemeinden in Ostwestfalen können demnächst Dokumente wie Rechnungen, Bescheide oder Urkunden per E-Postbrief an ihre Bürger versenden. Hinter dem Dienst steht

Weitere Kommunen machen mit

das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, das der direkte Vertragspartner der Post ist. Die 34 Städte und Gemeinden der Landkreise Minden-Lübbecke, Herford und Lippe können über einen Dienst des Rechenzentrums E-Postbriefe erzeugen und über eine gesicherte Verbindung an Empfänger mit E-Postbrief Adresse versenden. Oder von der Post auf Papier zustellen lassen. Und die neueste Meldung: Auch der schleswig-holsteinische Landkreis Storman setzt jetzt auf den E-Postbrief. ■

DieRedaktion.de baut Service aus

Im März wurde auf der Cebit in Hannover die Journalistenbörse „DieRedaktion.de“ gestartet. Inzwischen haben sich bei dem von der Deutschen Post organisierten Online-Shop für Qualitätsjournalismus rund 1600 Journalisten aus allen Themengebieten registriert. Damit hat sich die Idee von Post-Bereichsvorstand Lutz Glandt, der selbst ursprünglich aus der Verlagsbranche kam, schon heute durchgesetzt. Partner der Journalistenbörse ist der Deutsche Journalistenverband DJV, die größte Selbstorgani-

sation der Branche in Europa. Und so lag es nahe, dass nun ein ähnlicher Dienst, den zuvor namhafte Journalisten gegründet hatten, bereit war, mit DieRedaktion.de zu fusionieren: Spredder. „Unser gemeinsames Ziel ist es, Journalisten, Redaktionen und Verlage zu vernetzen. So fördern wir den Qualitätsjournalismus als ein Stück deutschen Kulturguts“, erklärte Spredder-Gründer Hajo Schumacher. Er und sein Kollege Sebastian Esser werden die Journalismusbörse als unabhängige Berater begleiten. Ihr Ziel ist es, DieRedaktion wie Spredder allen Akteuren als fairer und transparenter Partner nahe zu bringen, journalistische Standards zu wahren und das Angebot dynamisch weiterzuentwickeln. ■

KURZ NOTIERT

Bundesbehörden versenden GOGREEN. Der Bund hat den gesamten Paketversand von Ministerien und Behörden auf den klimafreundlichen GOGREEN-Service umgestellt. Es geht um ein Volumen von jährlich rund 600.000 Paketen. Mehr als 300 Tonnen CO₂ können damit ausgeglichen werden.

Rosen bleibt Finanzvorstand. Der Aufsichtsrat der Deutschen Post AG hat Lawrence A. Rosen für weitere fünf Jahre in den Konzernvorstand bestellt. Der gebürtige US-Amerikaner, seit September 2009 Mitglied des Vorstands, bleibt für den Bereich Finanzen sowie die Global Business Services zuständig.

Keine Sofortmaßnahmen wegen First Mail. Die Bundesnetzagentur hat im Rechtsstreit um die Preisgestaltung des Post-Tochterunternehmens First Mail einen Vollstreckungsverzicht erklärt. Sie reagierte damit auf die Ankündigung der Post, gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Köln beim OVG in Münster Berufung einzulegen.

Grüne fragen nach Arbeitsbedingungen. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Anfrage zu den Arbeitsbedingungen in der Hermes Logistik Gruppe an die Bundesregierung gestellt. Sie bezieht sich auf Medienberichte, wonach „als Scheinselbstständige“ beschäftigte Fahrer nicht von ihren Vergütungen leben können.

Gemeinsam für mehr Datenschutz. Als vor zwei Jahren Google Kamerawagen durch die Straßen schickte, war die Aufregung groß. Mehrere Unternehmen, darunter die Deutsche Post, haben jetzt mit dem Branchenverband Bitkom einen Verein „Selbstregulierung Informationswirtschaft“ gegründet, der den Datenschutz-Kodex für Geodatendienste umsetzen soll. Ziel ist es, dass jeder selbst zum Beispiel im Internet veröffentlichte Bilder von seiner Hausfassade unkenntlich machen kann.

ZAHL DES MONATS

28.109

28.109 Postleitzahlen gibt es derzeit in Deutschland. Im Einzelnen 8.259 für Kommunen, 17.500 für Postfächer und 2.350 für Großkunden.



Glückliche Hamburger

Deutsche Post stellt erstmals „Glückatlas Deutschland“ vor

Hamburg ist die glücklichste Region Deutschlands, Thüringen die unzufriedenste. Der erstmals erschene „Glücksatlas Deutschland“ hat es an den Tag gebracht. Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg und Renate Köcher vom Institut für Demoskopie Allensbach haben im Auftrag der Deutschen Post analysiert, wie stark unterschiedliche Faktoren wie Einkommen, Beruf, Familie, Gesundheit und Kultur die Lebenszufriedenheit beeinflussen. Es ist die umfangreichste und aktuellste Bestandsaufnahme zur Lebenszufriedenheit in Deutschland und basiert auf den Daten des sozio-ökonomischen Panel (SOEP) und Allensbach-Umfragen.

„Die Deutschen sind heute so zufrieden wie in den letzten zehn Jahren nicht mehr“, sagt Raffelhüschen. Und zwar mit einem Lebenszufriedenheitswert von 7,0 (auf einer Skala von 0 bis 10). Die Finanzkrise von 2008/09 hat die Lebenszufriedenheit kaum getrübt. Der Abstand zwischen Ost und West beträgt nur noch 0,3 Punkte. Das Glücksranking der 19 Regionen ergibt: Hamburg ist mit 7,38 Punkten die glücklichste Region Deutschlands, gefolgt von Niedersachsen/Nordsee (7,14), Bayern (7,10), Franken (7,09), Schleswig-Holstein (7,04), Baden (7,01), Niedersachsen/Hannover (6,99), Württemberg (6,94), Nordrhein/Köln (6,94), Rheinland/Pfalz-Saarland (6,91), Nordrhein/Düsseldorf (6,90), Westfalen (6,87), Sachsen (6,79), Hessen (6,77), Berlin (6,68), Sachsen-Anhalt (6,57), Mecklenburg-Vorpommern (6,56), Brandenburg (6,56) und Thüringen (6,45). „Der Glücksatlas 2011 hilft zu verstehen, was den Deutschen für ihre Lebenszufriedenheit tatsächlich wichtig ist“, begründete Konzernvorstand Jürgen Gerdes bei der Vorstellung in Berlin das Engagement der Deutschen Post DHL. Man wolle mithilfe von Daten eine laufende gesellschaftliche Diskussion unterstützen.

„Glücksatlas Deutschland 2011“, Knaus Verlag, 14,99 Euro (176 Seiten).

Dazu gibt es eine interaktive Website unter www.gluecksatlas.de ■